



9. Oktober 2018

Immobilienstrategie des Staates Wallis

Schaffung von einzelnen zusammengelegten Schaltern nach geografischen Regionen

Im Rahmen seiner Immobilienstrategie hat der Staatsrat das Zusammenlegen bestimmter Dienstleistungen für die Bevölkerung (Schalter) an einen einzigen Standort pro geografische Region nach dem Vorbild des Verwaltungszentrums in Martinach bewilligt. Zu diesem Zweck erwirbt der Kanton in der Nähe des Bahnhofs Siders ein Grundstück. Gespräche finden derzeit auch mit den Gemeinden Monthey und Visp statt.

Im Jahr 2016 beauftragte der Staatsrat die Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie (DHDA) mit der Untersuchung der Organisation der staatlichen Aufgaben, der territorialen Aufteilung und der Synergien. Der Staat Wallis will daher seinen Gebäudebestand modernisieren und an die aktuellen Bedürfnisse anpassen, indem er eine nachhaltige Gebäudepolitik verfolgt.

Ein wichtiger erster Schritt in diese Richtung wurde im Mai 2018 mit der Verabschiedung des Gesetzes über den Fonds zur Finanzierung von Investitionen und der Geschäftsführung von staatlichen Immobilien (Fonds FIGI) durch den Grossen Rat getan. Dieses Gesetz ermöglicht es, die Grundsätze der Immobilienpolitik des Staates Wallis zu verankern, indem das Kosten-Nutzen-Verhältnis langfristig optimiert wird. Es erlegt dem Staat auch eine beispielhafte Rolle bei architektonischen Verfahren auf. Schliesslich muss die Gebäudepolitik unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Entwicklung durchgeführt werden.

Im Rahmen der Umsetzung dieser Grundsätze hat die DHDA in Zusammenarbeit mit den Dienststellen der kantonalen Verwaltung die bestehenden Strukturen, ihre geografische Lage und ihr Funktionieren (Nutzung, Besetzung und Kosten) analysiert, um die Nutzung von Gebäuden zu rationalisieren und ihre Betriebskosten zu senken.

Die DHDA hat dem Staatsrat einen detaillierten Bericht vorgelegt, in dem insbesondere die Zusammenlegung bestimmter Dienstleistungen für die Bevölkerung an einen einzigen Standort nach dem Vorbild in Martinach vorgeschlagen wird. Seit 2015 ist das Verwaltungszentrum des Staates Wallis an der Rue du Léman in Martinach Sitz der Schalter der Dienststelle für Bevölkerung und Migration (DBM), der Dienststelle für Grundbuchwesen (DGB), der Dienststelle für Betreibungs- und Konkurswesen (DBK), des regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV), der Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft (DWFL) und der Kantonspolizei (KP). Die Ziele dieser Reorganisation sind vielfältig und entsprechen dem Konzept der Immobilienstrategie des Staates Wallis. Diese sieht eine zentrale Anlaufstelle für die Bürger vor, eine erhöhte Effizienz zwischen den Dienststellen, das Einsparen von Büroflächen und ermöglicht es, einige Mietobjekte zugunsten von Eigentumsobjekten aufzugeben.

Grundidee des Konzepts ist es, mehrere Verwaltungsgebäude entlang der Rhone entsprechend der demografischen Aufteilung des Kantons zu errichten. Die im Detailbericht der DHDA ausgewählten Standorte sind Visp, Siders, Sitten, Martinach (Zusammenlegung bereits 2015 abgeschlossen) und Monthey. Diese Entscheide wurden nach Analyse der bestehenden Strukturen und der Personalverteilung im Kanton getroffen. Ziel ist es, ein regionales Gleichgewicht zwischen Schulen, Krankenhäusern, Staatsanwaltschaften, Polizei und Dienststellen des Staates zu schaffen.

So wird der Staat im Verlauf dieses Herbsts in Siders in der Nähe des Bahnhofs ein Grundstück kaufen. Die Kosten dieses Projekts belaufen sich auf rund 2.35 Millionen Franken. Das Projekt umfasst den Bau eines Verwaltungsgebäudes mit mehr als 11'000 Quadratmetern Bürofläche, die dem Staat Wallis zur Verfügung stehen werden. Diese Räumlichkeiten werden es ermöglichen, die verschiedenen Dienstleistungen für die in Siders lebende Bevölkerung zu bündeln – ganz nach dem Vorbild der Verwaltungszentrale in Martinach. Die verbleibenden Flächen in diesem zukünftigen Verwaltungsgebäude werden anderen staatlichen Stellen zur Verfügung gestellt, die keine Räumlichkeiten haben, die für ihre Tätigkeiten wirklich geeignet sind.

Auch mit Visp und Monthey werden Gespräche über den Kauf oder die Bereitstellung von Grundstücken oder Infrastruktur geführt. Ein Kriterium bei der Wahl des Grundstücks ist dessen Nähe zu Knotenpunkten. Diese Schritte werden das Mobilitätskonzept 2040, das der Staat einführen will, fördern und der Bevölkerung eine vereinfachte Zugänglichkeit ermöglichen.

Der Staatsrat hat beschlossen, der DHDA den Auftrag zu erteilen, den Prozess mit den betroffenen Gemeinden fortzusetzen und einen Zeitplan für den Bau dieser Gebäude vorzulegen.